

Klaus-Peter Hufer, Tonio Oeftering,
Julia Oppermann (Hg.)

POSITIONEN 3

DER POLITISCHEN BILDUNG

Interviews zur außerschulischen Jugend- und
zur Erwachsenenbildung



Klaus-Peter Hufer, Tonio Oeffering,
Julia Oppermann (Hg.)

Positionen der politischen Bildung 3

Interviews zur
außerschulischen
Jugend- und zur
Erwachsenenbildung



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zur Reihe „Positionen politischer Bildung“

Das Konzept für die Interviewbücher „Positionen der politischen Bildung“ wurde von Frau Prof. Dr. Kerstin Pohl entwickelt. Inzwischen liegt die zweite Generation der Reihe vor. Sie erscheint seit der Jahrtausendwende in zwei Linien sowohl für die „schulische Bildung“ als auch für die „außerschulische Bildung und Erwachsenenbildung“. Die Bände erlauben nicht nur einen schnellen Zugang zu Positionen, Didaktik und Methodik der politischen Bildung und ihrer Protagonist*innen sondern auch einen aufschlussreichen Zeitvergleich. Der Vorgängerband zum vorliegenden Buch erschien in der Herausgeberschaft von Klaus-Peter Hufer, Kerstin Pohl und Inke Scheurich im Jahr 2004.

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2021

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfreiem Papier
ISBN 978-3-7344-1184-7 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7344-1185-4 (E-Book)
DOI <https://doi.org/10.46499/1415>

Inhalt

Einleitung	5
Christian Boeser	
„Es ist möglich diejenigen zusammenzubringen, die sonst eher übereinander als miteinander reden.“	16
Helmut Bremer	
„Es gilt, dahin zu gehen, wo sich das Unbehagen an der Politik zeigt.“	36
Sabine Fandrych	
„Das Ziel politischer Bildung muss es sein, an einem gemeinsamen demokratischen Diskursraum mitzubauen.“	50
Gudrun Hentges	
„Politische Bildung will Wege aufzeigen, um das Bestehende individuell und kollektiv handelnd zu gestalten und zu verändern.“	70
Bettina Lösch	
„Dass politische Bildung in einer demokratisch verfassten Gesellschaft neutral sei, ist völlig widersinnig.“	78
Barbara Menke	
„Die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an der Demokratie, an politischer Bildung, ist und bleibt für mich eine zentrale Aufgabe.“	94
Tonio Oeftering	
„Politische Bildung bedeutet für mich, Lernende dabei zu unterstützen, sich zu politischen Menschen zu entwickeln.“	104
Melanie Piepenschneider	
„Politische Bildung und damit Demokratiebefähigung ist für unser Gemeinwesen mindestens so essentiell wie eine gute berufliche Ausbildung.“	118
Wibke Riekmann	
„Man lernt Demokratie, indem man Demokratie praktiziert, man lernt durch Erfahrungen.“	132

Falk Scheidig	
„Politische Bildung ist eine Grundvoraussetzung für den Bestand und die Entwicklung der Demokratie.“	144
Michael Sommer	
„Man muss die Menschen stärken, die sich für Europa engagieren und ihnen geeignete Mittel in die Hand geben, für diese Überzeugung einzutreten.“	152
Andreas Thimmel	
„Professionelle politische Bildung ist immer mit emanzipatorischen Prinzipien im Anschluss an kritische Bildungstheorie verbunden.“	160
Jana Trumann	
„Die negativen Assoziationen des Utopie-Begriffs verstellen den Blick auf dessen Potenziale für gesellschaftliche Weiterentwicklung.“	174
Silke Veth	
„Das große Ziel ist, dazu beizutragen, Gesellschaft zu verändern.“	186
Benedikt Widmaier	
„Die Teilnehmenden lernen, ihre Interessen zu erkennen und zu vertreten, ohne dabei das Gemeinwohl aus dem Blick zu verlieren.“	202
Marion Wisinger	
„Spielräume nutzen für Menschenrechte und Demokratie.“	216
Alexander Wohnig	
„Im Konflikt kommt die Pluralität und Offenheit der Demokratie zu Tage und in diesem eröffnen sich reale Möglichkeiten für politische Mitbestimmung und Demokratisierung, zentrale Ziele politischer Bildungsarbeit.“	230
Helle Becker	
Beengte Verhältnisse, erschwerende Bedingungen: Anmerkungen zum geforderten Dialog von Wissenschaft und Praxis	244
Klaus-Peter Hufer, Julia Oppermann	
Positionen der politischen Bildung zusammengefasst	254
Empfohlene Literatur	267
Autorinnen und Autoren	269

Klaus-Peter Hufer
Tonio Oefftering
Julia Oppermann

Einleitung

1. Rückblick

Im Jahr 2004 erschienen zwei für die politische Bildung wegweisende Publikationen: der von Klaus-Peter Hufer, Kerstin Pohl und Imke Scheurich herausgegebene Band „Positionen der politischen Bildung. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung“ (Hufer/Pohl/Scheurich 2004) und das von Kerstin Pohl herausgegebene Buch „Positionen der politischen Bildung. Ein Interviewbuch zur Politikdidaktik“ (Pohl 2004). Die diesen Büchern zugrundeliegende Idee bestand darin, Studierenden, Referendar*innen, in der politischen Bildung Lehrenden, Bildungsreferent*innen, Fachbereichs- und Studienleiter*innen und weiteren Interessierten einen Einblick in das Feld der schulischen, der politischen Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugendbildung zu verschaffen. Allerdings nicht über thematische Zugänge, sondern über konkrete im Feld arbeitende Personen, die sich und ihre Arbeit in Form von Interviewbeiträgen präsentieren konnten.

In den vergangenen 16 Jahren haben sich für die drei Felder – Politikdidaktik, politische Erwachsenenbildung und außerschulische politische Jugendbildung – Änderungen ergeben. Zum einen haben sich die Rahmenbedingungen, unter denen politische Bildung durchgeführt wird, entsprechend den mittlerweile eingetretenen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen geändert. Zum anderen gab es eine Art „Generationenwechsel“ beim in der politischen Bildung tätigen Personal. Insofern ist es folgerichtig, dass Kerstin Pohl im Jahre 2016 eine Neuauflage ihres Interviewbuchs zur Politikdidaktik herausbrachte (Pohl 2016). Und so ist es auch konsequent, dass es zu dem vorliegenden Band gekommen ist. Mit ihm soll der aktuelle Stand der außerschulischen politischen Jugendbildung und der politischen Erwachsenenbildung anhand der Selbstbeschreibung dort tätiger Akteur*innen dokumentiert werden. Bereits 2018 hatten die beiden Herausgeber und

die Herausgeberin eine inhaltliche Standortbestimmung der außerschulischen politischen Jugend- und der politischen Erwachsenenbildung vorgenommen (vgl. Hufer/Oeftering/Oppermann 2018). Dort wurden Tendenzen, Projekte und Konzepte politischer Bildung vorgestellt. Die Selbstbeschreibung der nicht-schulischen politischen Bildung soll mit diesem Band fortgesetzt und sichtbar werden, und zwar durch Auskünfte zentraler Personen in diesem Bereich.

2. Neue Herausforderungen

In den vergangenen Jahren haben sich eine Reihe neuer Herausforderungen¹ für die politische Bildung ergeben, wobei viele der „alten“ Problemstellungen weiterbestehen, sich jedoch in ihrer Qualität von damals unterscheiden.

Ins Zentrum gerückt sind die Diskurse zur *Digitalisierung* von Bildung. Es zeichnet sich ab, dass diese Entwicklungen auch die Themen und Bearbeitungsformen der politischen Bildung langfristig verändern werden, ebenso müssen politische Bildner*innen neue Kompetenzen erwerben. Dazu gehören verschiedene Dimensionen: Auf der strukturellen Seite sind es vor allem Formate von E-Learning und anderen digitalisierten Methoden, die entwickelt und angewandt werden müssen. Auf der inhaltlichen Seite stehen die mit der Digitalisierung einhergehenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Fokus (etwa hinsichtlich der Verbreitung, des Einsatzes und der Kontrolle von Informationstechnologien). Schließlich sollten Pädagog*innen in der Lage sein, internetbasierte Arbeitsweisen sachgerecht anwenden und entscheiden zu können, wann sie einen Bildungsprozess unterstützen, aber auch wann sie zum verzichtbaren Selbstzweck werden.

Spätestens seit 2015, als abertausende Geflüchtete Europa erreichten, ist *Migration* zu einer Chance und Herausforderung für die politische Bildung geworden. Obwohl es transnationale Migration schon immer gab, erreichte sie ein Maß, welches zu massiven gesellschaftlichen und politischen Veränderungen führte. Auseinandersetzungen über Wohlstand, Solidarität, Identität und Zukunftsfähigkeit von Gemeinschaften werden seitdem zunehmend konflikthaft ausgetragen. Und auch wenn diese Themen nicht neu sind, so ist es doch das gesellschaftliche Umfeld, in dem sie diskutiert werden. Damit einhergehend haben sich auch die Adressat*innen der politischen Bildung verändert.

Auch politische Bildner*innen begegnen vielen dieser neu angekommenen Menschen zum ersten Mal persönlich, etwa im Rahmen von Integrationskursen an Volkshochschulen oder auch in der Begleitung migrantischer Selbstorganisation oder der Unterstützung von Helfer*innen. Auch hier sind die Veränderungen in drei Dimensionen abzusehen: Einerseits stellt sich die Frage, wie politische Bildungsangebote für Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte zu konzipieren sind, und welche Themen dafür in Frage kommen. Andererseits ist das Thema Migration unter den veränderten und sich weiter verändernden gesellschaftspolitischen Bedingungen immer neu zu diskutieren. Schließlich ist zu überlegen, wie bei der autochthonen Bevölkerung Bereitschaft zu erwirken ist, die neue Situation vorurteilsfrei anzunehmen. Für in diesem Feld arbeitende Pädagog*innen wird interkulturelle Kompetenz zu einer professionellen Schlüsselqualifikation. Die Migrationsbewegungen der letzten Jahre stellen auch die *Europäische Union* vor enorme Aufgaben, u. a. deswegen, weil das Finden von gemeinsamen Lösungen unter den Bedingungen von zunehmend wieder nationalstaatlich agierenden Mitgliedstaaten erschwert wird. Denn in den Staaten der Europäischen Union nimmt die Polarisierung der Gesellschaften zu. Das bedeutet, dass „Europa“ zu einem zentralen Bildungsthema und -angebot wird.

Im Zusammenhang mit dem Aufstieg von rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen und Parteien wird wieder von einer *Krise der liberalen und repräsentativen Demokratie* gesprochen. „Rechte“ Propaganda vermittelt den Eindruck, als gäbe es für die komplexen Probleme der Gegenwart einfache Lösungen, nationalistische und autoritäre Ideologien haben bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Zustimmung bekommen, die rechtsextreme Gewalt hat zugenommen. Populist*innen betreiben Kritik an vermeintlichen Eliten, untermauern diese mit Verschwörungsphantasien und propagieren ein geschlossenes und auf ethnische Identität zielendes Gesellschaftsmodell. Diese Entwicklung trifft politische Bildung unmittelbar, ist doch der Einsatz für die Menschenrechte ebenso eine ihrer Kernaufgaben wie die Überzeugungsarbeit für eine offene, demokratische und zivile Gesellschaft.

Der Ruf nach politischer Bildung wird lauter, aber auch der nach „Demokratiebildung“. Sie soll der virulent gewordenen Menschenfeindlichkeit, dem verbreiteten Rassismus und Antisemitismus entgegenwirken. Die Vorstellungen, wie genau dies aussehen soll, divergieren zuweilen

stark. Politische Bildner*innen wehren sich schon lange dagegen, dass sie als „Feuerwehr“ für gesellschaftliche Probleme dienen sollen. Diese Abwehr ist wieder notwendig, sollen dem Fach nicht erneut Lösungen von Problemen zugemutet werden, die durch Bildung nicht zu lösen sind. Vor diesem Hintergrund ist ein Konflikt aktuell geworden, nämlich der zwischen politischer Bildung und Demokratiebildung. Die Diskussion ist zwar nicht neu, im schulischen Kontext spielte sie schon lange eine Rolle. Jetzt hat er allerdings auch die politische Erwachsenenbildung bzw. die außerschulische Jugendbildung erreicht.

Alle hier aufgeführten Herausforderungen und Veränderungen sind in den beiden letzten Jahrzehnten drängend geworden. Auf sie gehen die in den vorliegenden Interviews Befragten an verschiedenen Stellen ein. Darüber hinaus werden auch Schwierigkeiten angesprochen, mit denen sich außerschulische politische Bildner*innen seit längerem konfrontiert sehen. So wird etwa an der gegenwärtigen Förderpolitik Deutschlands kritisiert, dass nicht genug langfristige Strukturen aufgebaut werden, welche wirklich nachhaltige politische Bildungsarbeit ermöglichen würden. Nach wie vor würden überwiegend Projekte gefördert und damit einhergehend prekäre Beschäftigungsverhältnisse und letztendlich auch Professionalisierungsdefizite in Kauf genommen.

An Universitäten und Hochschulen sieht die Lage nicht gut aus. Die einschlägigen Ausbildungsmöglichkeiten für außerschulische politische Bildner*innen sind sehr begrenzt. Wie andere Disziplinen auch muss sich die politische Bildung durch die Einwerbung von Mitteln stets ihre eigene Daseinsberechtigung schaffen, sodass wenig Zeit bleibt für eine gründliche Reflexion und Aufarbeitung der politischen und gesellschaftlichen Umstände sowie die Möglichkeiten, sie didaktisch und methodisch in attraktive Bildungsangebote zu transformieren. Hilfreich wäre hier eine Zusammenarbeit zwischen Politikdidaktiker*innen und politischen Bildner*innen im nicht-schulischen Bereich. Die Frage ist aber auch, ob es überhaupt noch viele Gemeinsamkeiten gibt bzw. ob diese noch tatsächlich gesucht werden.

Insgesamt belegt der vorliegende Band, wie viel gute Arbeit – trotz oder gerade wegen der genannten Herausforderungen – in der außerschulischen politischen Bildung stattfindet. Das Feld erscheint vital, innovativ und trotz oftmals widriger Rahmenbedingungen von motivierten Bildner*innen bearbeitet. In den Beschreibungen unserer Interviewpartner*innen wird die Vielfalt der Arbeitszusammenhänge deutlich; die

vielen beschriebenen Beispiele aus der Praxis belegen, dass den oben genannten Herausforderungen professionell und mit Ideenreichtum in unterschiedlichsten Kontexten begegnet wird. So berichten auch einige Interviewte davon, dass sie eine positive Entwicklung der außerschulischen politischen Bildung wahrnehmen und einen Bedeutungszuwachs und Expansionsmöglichkeiten erfahren würden.

3. Zur Konzeption dieses Buchs

Viele der im Band von 2004 Interviewten sind nach wie vor im Feld aktiv. Allerdings wurde davon abgesehen, diese Personen erneut zu befragen. Denn das Anliegen dieses Buchs besteht vor allem darin, den Wandel der Profession und deren gegenwärtige Vielfalt sichtbar zu machen und den im Feld Tätigen, die im ersten Band noch nicht in Erscheinung getreten sind oder noch nicht in Erscheinung treten konnten, ein Forum zu bieten, sich und ihre Arbeit zu präsentieren und dem Feld, im wahrsten Sinne des Wortes, ein Gesicht zu verleihen.

Herausgeber und Herausgeberin waren bemüht, ein möglichst vielseitiges und ausgewogenes Bild der außerschulischen politischen Bildungslandschaft wiederzugeben. So wurden beispielsweise alle etablierten politischen Stiftungen angefragt. Bedauerlicherweise konnten nicht alle Angefragten ihre Mitarbeit am Band zusagen. Die Absagen wurden u. a. mit dem hohen Arbeitspensum der Angefragten, welches ein solches Projekt nicht erlaubten, begründet. Auch das ist bezeichnend für die Situation. Mögliche Unausgewogenheiten in der Darstellung des politischen Spektrums oder auch der institutionellen Vielfalt sind also vor allem auf derartige Gründe zurückzuführen und nicht auf bestimmte Vorlieben oder Intentionen der Herausgeber und der Herausgeberin.

Insgesamt wurden für den vorliegenden Band 17 schriftliche Interviews geführt. Den Befragten wurden 13 Fragen zu vier Oberthemen vorgelegt. Im ersten Fragenblock wurden die Befragten gebeten, *biographische Auskünfte* zu geben, zum einen zu ihrem beruflichen Werdegang, zum anderen zu ihrem praktischen Arbeitsumfeld.

Im zweiten Abschnitt geht es um *Fachliches*, zunächst um grundlegende Vorstellungen zur politischen Bildung sowie um wesentliche Inhalte, Ziele und Methoden. Daran schließen sich die Fragen an, wo derzeit die größten fachlichen Herausforderungen gesehen werden und

welches die bestimmenden bildungspolitischen und pädagogischen Kontroversen im jeweiligen Arbeitsfeld sind. Die Befragten wurden außerdem gebeten, das Verhältnis von Theorie und Praxis in der außerschulischen politischen Jugend- und politischen Erwachsenenbildung zu beschreiben, zu beurteilen und Auskunft darüber zu geben, von welchen Fachdisziplinen sie gerne Anregungen für Ihre eigene Arbeit bekämen.

Der dritte Fragenblock beinhaltet „*Politisches*“. Hier geht es zunächst um das Aufzeigen der größten bildungspolitischen Herausforderungen im jeweiligen Feld und um die Frage, ob sich die Interviewten durch aktuelle gesellschaftliche/politische Entwicklungen in ihrer Arbeit eingeschränkt sehen. Hierzu gehört auch die Frage, ob sie das Gefühl haben, dass der Druck, ihre eigene Arbeit zu legitimieren, zugenommen habe und wer und/oder was hier besonderen Druck ausüben würde. Außerdem wird die Frage gestellt, ob Zielgruppen identifiziert werden können, an die die politische Bildung im besonderen Maße Angebote adressieren sollte.

Im vierten Fragenblock – *Kompetenzen* – wird zunächst danach gefragt, wie sich die Befragten selbst fachlich auf dem Laufenden halten und anschließend, über welche persönlichen und beruflichen Kompetenzen politische Erwachsenenbildner*innen bzw. außerschulische politische Jugendbildner*innen verfügen und was sie studiert haben sollten.

Abgeschlossen wird das Interview mit der Bitte, eine Auswahl an Publikationen zu nennen, die als für die politische Bildung bedeutsam angesehen werden.

Um der Vielfalt ihrer Lebens- und Arbeitszusammenhänge gerecht zu werden, wurde nicht darauf bestanden, dass sich die interviewten politischen Bildner*innen strikt an den Fragenkatalog halten. Insofern wurden nur grobe Vorgaben gemacht, ohne dabei in die Antworten einzugreifen. Dies hat eine Uneinheitlichkeit der Beiträge zur Folge. Das war gewollt, denn so war es den Befragten möglich, bei Bedarf eigene Schwerpunkte zu setzen. Dementsprechend sind an manchen Stellen Fragen zusammengefasst oder ausgelassen worden, auch haben die Beiträge unterschiedliche Längen. Des Weiteren wurde den Befragten freigestellt, ob sie gendern bzw. welche Form sie verwenden.

In einem abschließenden Kapitel werden in einer Zusammenschau der Beiträge nochmals Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Widersprüche

usw. zwischen den Befragten aufgezeigt und eingeordnet. Anhand der ausgeführten Fragestellungen werden die Aussagen der Beiträge der einzelnen Befragten zusammengefasst und ausgewertet.

In den Interviews wird das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis als besonders dringlich sichtbar. Daher haben wir Helle Becker von der Transferstelle politische Bildung gebeten, zu den entsprechenden Auskünften Stellung zu nehmen.

Insgesamt, das macht der Band deutlich, handelt es sich bei der außerschulischen politischen Jugend- und politischen Erwachsenenbildung um ein lebendiges Fach, in dem sich, so unterschiedlich die Biographien, Arbeitszusammenhänge und inhaltlichen Schwerpunkte auch sein mögen, viele qualifizierte und engagierte Menschen höchst professionell für ihre gemeinsame Sache einsetzen: einer politischen Bildung, die ihrem Auftrag gerecht wird und Zustimmung bei den die Adressat*innen und Teilnehmer*innen findet.

Wir danken allen Mitwirkenden dafür, dass sie uns für die Interviews zur Verfügung gestanden haben. Außerdem bedanken wir uns bei Morgaine Struve und Tatjana Voskamp für die umsichtige Durchsicht und Korrektur der eingereichten Beiträge.

Kempfen/Essen, Lüneburg, Oldenburg im Mai 2020/März 2021

Anmerkung

- 1 Das Herausgeberteam möchte darauf hinweisen, dass die Manuskripte für diesen Band vor der Corona-Pandemie eingereicht worden sind und daher diese zweifellos große Herausforderung für die politische Bildung hier keine Berücksichtigung finden wird.

Literatur

- Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hg.) (2004): Positionen der politischen Bildung. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.
- Hufer, Klaus-Peter/Oeftering, Tonio/Oppermann, Julia (Hg.) (2018): Wo steht die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung? Schwalbach/Ts.
- Pohl, Kerstin (Hg.) (2004): Positionen der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.
- Pohl, Kerstin (Hg.) (2016): Positionen der politischen Bildung 2. Schwalbach/Ts.

Fragenkatalog

Block 1: Biographisches

Bitte beschreiben Sie kurz Ihren Werdegang, insbesondere, wie Sie zur politischen Bildung und ihrer jetzigen beruflichen Position gekommen sind. Bitte beschreiben Sie uns Ihr praktisches Arbeitsfeld etwas genauer. (Was? Wie? Mit wem?)

Block 2: Fachliches

- | | |
|--|--|
| Was ist politische Bildung? | (a) Was bedeutet für Sie politische Bildung? Was ist Ihre Vorstellung von politischer Bildung? |
| Wesentliche Inhalte, Ziele, Methoden | (b) Was sind die für sie wesentlichen Inhalte, Ziele und Methoden? |
| Fachliche Herausforderungen | (c) Wo sehen Sie derzeit die größten <i>fachlichen</i> Herausforderungen für Ihr Arbeitsfeld? |
| Bestimmende Kontroversen | (d) Welches sind aus Ihrer Sicht die derzeit bestimmenden bildungspolitischen und pädagogischen Kontroversen in ihrem Arbeitsfeld? |
| Verhältnis von Theorie und Praxis | (e) Wie beschreiben und beurteilen Sie das Verhältnis von Theorie und Praxis in der außerschulischen politischen Jugend- und politischen Erwachsenenbildung? |
| Anregungen aus anderen Fachdisziplinen | (f) Von welchen Fachdisziplinen würden Sie gerne Anregungen für Ihre eigene Arbeit bekommen? |

.....
Block 3: „Politisches“

- | | |
|--|--|
| (a) Wo sehen Sie die derzeit größten <i>bildungspolitischen</i> Herausforderungen für Ihr Arbeitsfeld? | Bildungspolitische Herausforderungen |
| (b) Fühlen Sie sich durch gesellschaftliche/politische Entwicklungen in Ihrer Arbeit eingeschränkt? | Einschränkung durch gesellschaftliche Entwicklung? |
| (c) Haben Sie das Gefühl, der Druck Ihre eigene Arbeit zu legitimieren hat noch mehr zugenommen? Wer und/oder was übt hier besonderen Druck aus? | Steigender Legitimationsdruck? |
| (d) Könnten Sie Zielgruppen identifizieren, für die politische Bildung im besonderen Maße gefördert werden sollte? | Wer braucht mehr politische Bildung? |

.....
Block 4: Kompetenzen

- | | |
|---|--------------------------|
| (a) Wie halten Sie sich fachlich auf dem Laufenden? | Up-To-Date-Bleiben |
| (b) Welche persönlichen und beruflichen Kompetenzen sollten politische Erwachsenenbildner/innen bzw. außerschulische politische Jugendbildner/-innen haben? Was sollten sie studiert haben? | Wissen und Können |
| (c) Nennen Sie bitte drei Publikationen, die Sie für die politische Bildung bedeutsam ansehen. | Wichtigste Publikationen |

Dr. Christian Boeser

Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung an der Universität Augsburg, Leiter des Netzwerks Politische Bildung Bayern, Initiator eines Argumentationstrainings, in welchem es um die grundsätzliche Dialogfähigkeit unserer Gesellschaft gerade auch bei politischen Themen geht (www.politik-wagen.de)



Christian Boeser

„Es ist möglich diejenigen zusammenzubringen, die sonst eher übereinander als miteinander reden.“

1. Biographisches

Die Entwicklung meines politischen Bewusstseins begann in einer ländlichen Realschule in Mittelfranken. Es war insbesondere ein Sozialkundelehrer, der mit seinen politischen Thesen meinen Widerspruch hervorrief, sei es, als er den Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki legitimierte, oder als er anmerkte, die Kritiker der Volkszählung im Jahre 1987 seien ahnungslos und „nicht ernst zu nehmen“. Auch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 trug mit dazu bei, dass ich zum einen politische Positionen entwickelte und zum anderen feststellte, dass politische Themen viele meiner Mitschüler nicht oder kaum interessierten. Sehr bewusst ist mir aber auch noch meine Fassungslosigkeit, als ich erkennen musste, dass sich viele meiner Mitschüler für die Wiedereinführung der Todesstrafe aussprachen und damit etwas in Frage stellten, was für mich zum Wertefundament unserer Gesellschaft gehörte. Der Wechsel nach der 10. Jahrgangsstufe auf ein Nürnberger Gymnasium war für mich in vieler Hinsicht eine Befreiung, da ich hier zum einen ähnlich denkende Menschen kennenlernen konnte, aber auch zum anderen in Kontakt mit Menschen kam, die zwar andere Vorstellungen hatten, mit denen mich aber doch ein Grundkonsens über die Notwendigkeit eines demokratischen Diskurses verband.

Angeregt durch die „Runden Tische“ 1989/1990 gründete ich mit anderen Jugendlichen in Nürnberg einen „Runden Tisch für Jugendliche“ (Boeser 1992) und später auch ein stadtwieites Jugendmagazin namens „LENZ“. Die Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen sehr unterschiedlicher Auffassungen und das Ringen um gemeinsame Positionen war für mich faszinierend und anregend zugleich. Bereits damals wurde mir bewusst, dass politische Bildung nicht nur auf die Vermittlung von Wissen setzen sollte, sondern gerade auch Erfahrungsräume für politische Diskussionen zwischen Andersdenkenden schaffen muss.

Nach Abitur und Zivildienst in Nürnberg begann ich in Augsburg ein Studium der Diplom-Pädagogik, welches auch die Fächer Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaft umfasste. Durch meine freie Mitarbeit beim Landtagsabgeordneten Sepp Daxenberger, der damals für die Grünen jugendpolitischer Sprecher war, konnte ich Formate der politischen Bildung entwickeln und umsetzen, welche die Komplexität politischer Entscheidungsprozesse aufgrund bestehender Interessensunterschiede und unterschiedlicher Wertvorstellungen reflektierten. Die Persönlichkeit des leider schon verstorbenen Sepp Daxenbergers, der 1996 als erster Grüner ein Bürgermeisteramt in einer oberbayerischen Gemeinde erringen konnte, war es auch, die mir die Notwendigkeit aber auch Herausforderung einer Balance zwischen klarer Positionierung und Offenheit im Diskurs mit Andersdenkenden deutlich machte (Mayer/Mayer 2012).

Gegen Ende meines Studiums begann ich an der Universität Augsburg die Mitarbeit in einer Forschungsgruppe für Frauen- und Geschlechterforschung unter Leitung der Erziehungswissenschaftlerin Hildegard Macha. Die Kombination dieses für mich neuen Gebietes mit meinem Interesse für politische Bildung führte zu meinem Dissertationsthema, in dem es um die Relevanz geschlechtsspezifischer Aspekte in der politischen Bildung ging. Die Arbeit fokussierte die politische Bildung in der Schule und machte deutlich, dass die gegenwärtige politische Bildung ihre Potenziale nicht nur nicht nutzt, sondern zum Teil auch problematische Wirkungen zeigt (Boeser 2002). Gegen Ende meiner Dissertation war es dann ein glücklicher Zufall, als ich auf dem Bundeskongress für politische Bildung im Jahr 2000 in Potsdam Florian Wenzel vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München kennenlernte. Durch ihn kam ich in Kontakt mit vielfältigen in meinen Augen sehr attraktiven Angeboten der außerschulischen politischen Bildung, seien es Planspiele, das Programm „Achtung (+) Toleranz“ (Ulrich 2006) oder das aus Israel stammende und für Deutschland adaptierte Demokratietraining „Betzafta/Mehr als eine Demokratie“ (Maroshek-Klarmann/Rabi 2019).

Fasziniert von diesen Angeboten der außerschulischen politischen Bildung und vor dem Hintergrund meiner eher ernüchternden Erfahrungen bei der Auseinandersetzung mit schulischer politischer Bildung entstand die Idee, für Augsburg, wo ich inzwischen als Wissenschaftlicher Mitarbeiter eine Stelle an der Universität hatte, ein „Netzwerk Politische

Bildung“ zu gründen, welches Akteure der schulischen und außerschulischen politischen Bildung zusammenbringen sollte, um gemeinsam voneinander zu lernen und innovative Formate politischer Bildung zu entwickeln. Nicht zuletzt ging es mir auch darum, das Gefühl, „Einzelkämpfer“ in der politischen Bildung zu sein, was offenbar viele dort Tätige so empfinden, durch das Netzwerk zu überwinden.

Mein erster Kontakt zur geplanten Netzwerkgründung war der Geschäftsführer des Bezirksjugendrings Schwaben, Winfried Dumberger-Babiel, den ich bei anderen Gelegenheiten als für die politische Bildung schon sehr aufgeschlossen erlebt hatte. Erfreulicherweise konnte mir dieser mitteilen, dass er selbst eine Initiative für ein schwäbisches Netzwerk zur politischen Bildung gestartet hatte und mit Gerhard Kral, einem Politikwissenschaftler der Katholischen Stiftungshochschule Benediktbeuern, auch schon einen Unterstützer gefunden hatte. Gemeinsam mit Dumberger-Babiel und Kral führten wir für Bayerisch-Schwaben eine Bestandserhebung zur politischen Bildung durch und gründeten im Jahre 2002 das „Netzwerk Politische Bildung Schwaben“. Beim ersten Vernetzungsforum war auch der damalige stellvertretende Leiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Werner Karg, anwesend, der von dem Ansatz und insbesondere auch der methodischen Gestaltung des Vernetzungsforums so angetan war, dass er anregte, auch ein bayernweites Netzwerk zu initiieren. Erste Schritte hierfür waren dann auch in Bayern eine Bestandserhebung, der Aufbau einer Homepage und die Durchführung von mehreren bayernweiten Netzwerkforen zur Etablierung des Netzwerks. Die Arbeit in den beiden Netzwerken (Bayerisch-Schwaben und Bayern) ermöglichte es mir, mit sehr unterschiedlichen Akteuren immer wieder neue und innovative Angebote der politischen Bildung zu entwickeln und zu implementieren (für eine Übersicht zur Entwicklung der Netzwerke und zu den Projekten: Boeser-Schnebel u. a. 2015).

Von April 2009 bis September 2010 konnte ich die „Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften“ von Wolfgang Sander an der Justus-Liebig-Universität in Gießen vertreten, was mir vertiefende Einblicke in die schulische politische Bildung ermöglichte. Auch der Kontakt mit der „Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung“ (GPJE), die Auseinandersetzung mit den dort entwickelten Bildungsstandards für politischer Bildung sowie die Teilnahme an vielen Kongressen waren in dieser Zeit sehr wichtig. Die Arbeit mit Lehr-

amtsstudierenden in Gießen zeigte mir auch, dass Politikverdrossenheit nicht nur bei vielen Bürgerinnen und Bürgern festzustellen ist, sondern auch bei angehenden Lehrern ein Problem darstellt. Eine in Gießen begonnene Untersuchung der Einstellungen angehender Lehrerinnen und Lehrer konnte dann auch bestätigen, dass es deutliche Hinweise darauf gibt, dass auch bei diesen „Fehlverständnisse“ (Reinhardt 2005, 130) von Politik bestehen, die für die politische Bildung höchst problematisch sind (Boeser-Schnebel 2014).

Durch die Auseinandersetzung mit Politikverdrossenheit auf der einen Seite und dem „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ von Klaus-Peter Hufer (Hufer 2008; Hufer 2009) auf der anderen Seite entwickelte ich, zurück an der Universität Augsburg, die Idee, ein „Argumentationstraining gegen Politik(er)verdrossenheit“ zu entwickeln. Ausgehend von einem forschungsorientierten Seminar im Jahr 2012, in dem qualitative Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Verständnis von Politik geführt wurden (Boeser/Schnebel 2013), konnte in den darauf folgenden Jahren durch die Kontakte im Netzwerk und auch die Zusammenarbeit mit Klaus-Peter Hufer ein Argumentationstraining entwickelt und implementiert werden, welches zunächst das Verhältnis von Bürgern und Politikern im Fokus hatte (Boeser-Schnebel u. a. 2016) und später, gerade auch während der sog. „Flüchtlingskrise“ ab 2015, um die Thematik Diskursfähigkeit zwischen Andersdenkenden erweitert wurde (Boeser-Schnebel/Wenzel 2019b). Bis 2019 konnten hier vor allem in Bayern weit über 300 Veranstaltungen mit unterschiedlichen Formaten (vom Vortrag bis zu dreitägigen Seminaren) mit sehr verschiedenen Zielgruppen (z. B. Helferkreise, Schulen, Volkshochschulen, Stiftungen, Verbände, Polizei, Feuerwehr, Bundeswehr, Verwaltung) durchgeführt werden. Die Kooperation mit dem „Bayerischen Volkshochschulverband“ ermöglichte an Volkshochschulen eine Vielzahl von Veranstaltungen und auch die Weiterentwicklung neuer Formate (vgl. zum Ganzen auch die Qualitätsstandards für „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“: Boeser-Schnebel/Wenzel 2019a). In Kooperation mit der Bayerischen „Landeszentrale für politische Bildungsarbeit“ wird das Argumentationstraining bis 2023 unter dem Titel „Profil zeigen! Für eine starke Demokratie.“ an bayerischen Schulen implementiert.

Seit Oktober 2010 arbeite ich an der Universität Augsburg als Akademischer Oberrat am „Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung“ unter Leitung von Elisabeth Meilham-

mer. An diesem Lehrstuhl ist auch das „Netzwerk Politische Bildung Bayern“ angesiedelt. Durch die Mitgliedschaft des Netzwerks im „Werbündnis Bayern“ konnte 2018 auch ein anderes, bereits 2012 erstmals durchgeführtes Konzept, die „Lange Nacht der Demokratie“ bayernweit in zehn Kommunen erfolgreich durchgeführt werden. Hervorzuheben ist auch noch ein weiteres Projekt, welches mit vom „Netzwerk Politische Bildung Bayern“ entwickelt wurde (gefördert von der „Bundeszentrale für politische Bildung“): In einem Dialogprojekt mit Namen „Dorfgespräch“ wurde 2017 versucht, das Dorf als Ausgangspunkt zu nehmen, um quasi das Gesamt der Gesellschaft in einen Raum zu bringen und einen intensiven Austausch zwischen alteingesessenen Bürgern, Vereinsverantwortlichen, Neuzugezogenen, Nachbarschaftshilfe, Helferkreis, Geflüchteten, engagierten Einzelbürgern, Bewohnerinnen eines Mutter-Kind-Heims, Senioren und Kindern, etc. zu ermöglichen (Wenzel/Boeser-Schnebel 2019).

Mit den drei genannten Formaten „Argumentationstraining“, „Lange Nacht der Demokratie“ und „Dorfgespräch“ werden aktuell Versuche unternommen, Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Wertvorstellungen zu realisieren (Boeser-Schnebel u. a. 2019).

Anfang 2019 gründete ich mit Florian Wenzel den Verein „Interpunktionen“ (www.interpunktionen.de). Der Fokus des Vereins liegt darauf, das, was wir selbst lernen und erfahren konnten, an die nächste Generation weiterzugeben, diese zu fördern und ihr einen Rahmen zu bieten, in welchem diese frühzeitig Erfahrungen sammeln kann. Der Zweck des Vereins ist die Entwicklung und Implementierung innovativer Konzepte und Formate zur Stärkung der Demokratie und zur allgemeinen Förderung des demokratischen Staatswesens. Die jüngeren Mitbegründer des Vereins waren bereits in den letzten Jahren immer wieder mit wissenschaftlicher Zuarbeit (Evaluation, Interviews, Recherchen) sowie Vernetzungsaufgaben aktiv. Der neue Verein bietet nun eine gemeinsame Plattform, um diese Zusammenarbeit im Rahmen von Nachwuchsförderung in der politischen Bildung zu würdigen und institutionell zu stärken.

2. Fachliches

Politische Bildung ist für mich, in Anlehnung an Wolfgang Sander, die Befähigung und Ermutung, „Politische Freiheit zu leben“ (Sander 2013, 107). Es geht darum, sich seines eigenen Verstandes bedienen zu können und den Mut dazu zu haben (Kant). Politische Bildung in diesem Sinne ist dabei durchaus auch eine Herausforderung: „Politische Freiheit zu leben, kann durchaus unbequem sein, und der Preis der Freiheit kann – jedenfalls zeitweise – der Verlust an Sicherheit sein, den die Irritation einer scheinbar unerschütterlichen Weltsicht leicht mit sich bringt“ (ebd.; vgl. hierzu auch Meilhammer 2008). „Politische Bildung aus dem Geist der Aufklärung“ (Hufer 2013, 23) ist verbunden mit den Begriffen Mündigkeit und Emanzipation.

Emanzipation bedeutet „die Aufhebung der Vormundschaft, und das heißt: die Anerkennung der Freiheitsfähigkeit des Menschen“ (Negt 2013, 36). Und Mündigkeit ist

„die Fähigkeit und Bereitschaft des Menschen, sein Leben aus eigener Vernunft, gestützt auf Einsicht und kritisches Urteil, durch selbständige Entscheidungen verantwortlich zu führen, was auch ein fortwährendes Bemühen um die Verbesserung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse einschließt, da die individuelle Mündigkeit auf eine mündige Gesellschaft angewiesen ist“ (Weber 1972, 90-91).

Die Bezugnahme auf die „mündige Gesellschaft“ erscheint mir hier besonders relevant.

Neben den schon genannten Zielen (Mündigkeit und Emanzipation) halte ich die Formulierungen in dem von der GPJE vorgelegten Entwurf für Bildungsstandards in der Politischen Bildung auch für die außerschulische politische Bildung für relevant (Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung 2004):

- Politische Urteilsfähigkeit: Politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sach- und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen können.
- Politische Handlungsfähigkeit: Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schließen können.

Was ist politische Bildung?

Wesentliche Inhalte, Ziele, Methoden

- **Methodische Fähigkeiten:** Sich selbstständig zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren können.

Für die außerschulische politische Bildung ist darüber hinaus auch das Ziel der „Handlungsbereitschaft“ relevant. Für die schulische politische Bildung wird mit Recht konstatiert: „Ob *Handlungsbereitschaft* ein Ziel Politischer Bildung sein kann und soll, wo genau die Grenze zur Mission überschritten wird [...] ist noch lange nicht ausdiskutiert“ (Pohl 2007, 321, Hervorhebung im Original). Für die außerschulische politische Bildung, die ja in der Regel auf Freiwilligkeit basiert, ist das Ziel der Handlungsbereitschaft aber durchaus legitim, wenn es in den entsprechenden Ausschreibungen explizit genannt wird. So zielt beispielsweise das oben genannte „Argumentationstraining“ ausdrücklich auch auf die Ermutigung zum Dialog mit Andersdenkenden. Und Ziel des erwähnten Projekts „Dorfgespräch“ ist die Stärkung politischen Bewusstseins und Handelns vor Ort. Diese Ziele sind legitim, wenn Freiwilligkeit und Transparenz sichergestellt sind, da, wie oben schon genannt, „die individuelle Mündigkeit auf eine mündige Gesellschaft angewiesen ist“ (Weber 1972, 90-91).

Inhaltlich ist selbstverständlich auch im außerschulischen Bereich Politik „Kern der politischen Bildung“ (Massing/Weißeno 1995). Politik als „die Regelung gemeinsamer Angelegenheiten menschlicher Gesellschaften“ (Sander 2013, 66) betrifft alle Menschen – und alle haben hierzu Vorstellungen. Hilfreich ist für die politische Bildung deshalb eine Orientierung an „Basiskonzepten“ (ebd., 97) „im Sinne von grundlegenden Vorstellungen [...] von denen aus Menschen ihre Erfahrungen mit Politik strukturieren und interpretieren“ (ebd., 97-98). Mit Wolfgang Sander lassen sich hier sechs Basiskonzepte nennen: Macht, System, Recht, Öffentlichkeit, Gemeinwohl und Knappheit (ebd., 103). Hervorheben möchte ich hier das Basiskonzept „Knappheit“: „Politisches Wissen bezieht sich auf den Umgang einer Gesellschaft und von Gesellschaften mit dem Mangel an Ressourcen in Relation zu Bedürfnissen“ (ebd., 101). Die Auseinandersetzung damit erscheint mir vor dem Hintergrund einer „Wende zum Weniger“ (Ulrich 1997, 12) und aktueller globaler Herausforderungen besonders relevant (Boeser 2012; vgl. hierzu auch Boeser u. a. 2000). Methodisch ist aus meiner Sicht zum einen der „Poli-

tikzyklus als Analysemodell“ (Massing 1995) ein wichtiges Instrument, da er insbesondere deutlich macht, dass die dauerhafte Lösung eines Problems nicht der Regelfall von Politik ist, sondern oftmals nach einem Lösungsversuch erneut Probleme erkennbar werden und Auseinandersetzungen von vorne beginnen bzw. weitergehen. Besondere Relevanz hat zum anderen ein Ansatz, den wir „Dilemmafokussierung“ nennen. In Weiterführung der Überlegungen von Sybille Reinhardt, die moralische Dilemmata als Ausgangspunkt für politischen Regelungsbedarf vorschlägt (z. B. Reinhardt 2013), werden hier explizit auch politische Dilemmata in den Mittelpunkt gerückt. Anwendung findet dabei ein Instrument aus der Kommunikationspsychologie (mit Wurzeln in der politischen Philosophie), das sogenannte Werte- und Entwicklungsquadrat. Die Prämisse oder auch der Kerngedanke des Werte- und Entwicklungsquadrats lautet in den Worten des Kommunikationsforschers Schulz von Thun, der dieses Instrument populär gemacht hat:

„Um den dialektisch strukturierten Daseinsforderungen zu entsprechen, kann jeder Wert (jede Tugend, jedes Leitprinzip, jedes Persönlichkeitsmerkmal) nur dann zu einer konstruktiven Wirkung gelangen, wenn es sich in *ausgehaltener Spannung* zu einem positiven Gegenwert, einer ‚Schwestertugend‘, befindet. Statt von ausgehaltener Spannung läßt [sic!] sich auch von *Balance* sprechen. Ohne diese ausgehaltene Spannung (Balance) verkommt ein Wert [...] zu seiner *entwertenden Übertreibung*“ (Schulz von Thun 2006, 38, Hervorhebung im Original).

Beispielsweise ist Sparsamkeit nur so lange eine Tugend, wie sie kombiniert ist mit der Schwestertugend Großzügigkeit. Sparsamkeit alleine würde zum Geiz übersteigert, Großzügigkeit zur Verschwendungssucht.

Die Arbeit mit diesem Instrument kann verdeutlichen, dass die vielfach geäußerte Kritik an Politik und Politiker/innen darauf zurückzuführen ist, dass unauflösbare Dilemmata bestehen und Politik hier immer wieder aufs Neue versuchen muss, eine Balance zu finden. Beispielsweise ist es durchaus ein Wert, dass Politik in der Lage ist, schnelle Entscheidungen zu treffen. Ebenso ist es aber auch ein Wert, dass Politik vor Entscheidungen die Interessen der von der Entscheidung Betroffenen anhört und hier einen Ausgleich versucht. Die entwertende Über-

steigerung dieser beiden Werte führt entweder zu dem Vorwurf, Politik geschehe über die Köpfe der Menschen hinweg („Die da oben machen doch ohnehin, was sie wollen!“) oder zu der Kritik, die Politik handle nicht schnell und nicht effektiv genug („Die reden ja nur!“). Dilemmafokussierung kann bei sehr unterschiedlichen Zielgruppen ein wichtiger Beitrag zu den Zielen Mündigkeit allgemein und konkret auch zur Ambiguitätstoleranz sein (ausführlich dazu: Boeser-Schnebel u. a. 2016).

An dieser Stelle ist es wichtig, eine weitere Dimension im Blick zu behalten, die auch bei den Dilemmata der Demokratie entscheidend ist: Die Gleichwertigkeit der Alternativen kann nur gelten, wenn die Machtverhältnisse annähernd gleich sind. Macht könnte sonst zum „blinden Fleck“ werden. Es gilt also, bei der Auseinandersetzung mit Dilemmata einerseits die individuelle Ebene der Verantwortung für eine Position im Blick zu behalten, und andererseits die systemische Ebene von Macht- und Diskriminierungsstrukturen nicht aus dem Blick zu verlieren.

Und noch ein letzter Gedanke zu methodischen Aspekten: So hilfreich Realbegegnungen oder auch Simulationen sein können, es muss immer auch darauf geachtet werden, dass hier nicht unbeabsichtigt Fehlvorstellungen von Politik vermittelt werden. Beispielhaft sei hier auf die Studie von Scheidig/Meilhammer (2019) hingewiesen, die zeigen konnte, dass durch den Besuch einer Plenardebatte „verbreitete *misconceptions* im Hinblick auf das parlamentarische Regierungssystem in Deutschland [...] eher zementiert denn abgebaut werden“ (ebd., 321, Hervorhebung im Original). Die drohende „kontraproduktive Wirkung des Parlamentsbesuchs“ (ebd., 322) unterstreicht die Notwendigkeit einer politikdidaktischen Rahmung.

Aktuell betrachte ich drei Herausforderungen als zentral:

1. Politische Bildung mit dem Ziel Handlungsfähigkeit ist auch mit sozialen Kompetenzen eng verbunden, was interaktive Lernprozesse in Gruppen nahelegt. Gleichzeitig ist der Kern politischer Bildung die Politik, was auch kognitive Zugänge erfordert. Die Balance zwischen diesen beiden Ansprüchen ist nicht nur für den Praktiker, sondern auch für den Theoretiker herausfordernd.
2. Auf der einen Seite gibt es die Erwartung an Politik, Probleme des Zusammenlebens zu lösen, und auf der anderen Seite erleben wir eine Entgrenzung von Politik und eine damit verbundene Begrenzung politischer Entscheidungsmöglichkeiten. Die Frage, wie damit umzugehen ist, um Resignation oder Anfälligkeit für populistische

Fachliche
Heraus-
forderungen

Angebote zu vermeiden, ist für die politische Bildung wie auch für die Politik fundamental.

3. Wir wissen nach wie vor nicht genug über die Wirksamkeit außerschulischer politischer Bildung. So selbstverständlich Evaluationen im Sinne von Teilnehmer/innen-Befragungen im Anschluss an Kurse oder Seminare sind, so wenig wissen wir über die nachhaltige Wirkung außerschulischer politischer Bildungsangebote. Auch hier scheint eine enge Kooperation von Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen eine Möglichkeit zu sein, anspruchsvollere Evaluationen durchzuführen, die nicht nur für die konkreten Maßnahmen, sondern auch für die außerschulische politische Bildung insgesamt wichtige Impulse geben können. Evaluationen sollten sich hierbei an den Standards der „Deutschen Gesellschaft für Evaluation“ (www.degeval.de, letzter Aufruf: 28.01.2020) orientieren. Wichtig sind außerdem Evaluationsdesigns, die nicht in den Widerspruch zu den Zielen außerschulischer politischer Bildung geraten: Evaluation selbst sollte partizipativ und demokratisch gestaltet sein (Wenzel 2009). Nicht zuletzt sollte Evaluation über eine reine Datenerhebung hinausgehen: Unverzichtbar ist im Vorfeld einer Evaluation immer auch die Formulierung eines begründeten Soll-Werts und nach der Auswertung die Reflexion über eine Implementierung der Erkenntnisse (Reischmann 2003).

Ich möchte hier nur eine für unsere Arbeit gegenwärtig besonders relevante Kontroverse benennen: In den letzten Jahren hatte ich kaum Veranstaltungen, in denen von Seiten der Veranstalter und/oder der Teilnehmer/innen nicht der Umgang mit „Rechtspopulismus“ als herausfordernde Problematik beschrieben wurde. Konkret manifestiert sich diese am Umgang mit der AfD. Ist es legitim, wenn die evangelische Kirche beschließt, dass beim Evangelischen Kirchentag 2019 keine AfD-Vertreter/innen auf Podien eingeladen werden? Oder ist nicht gerade auch hier eine streitbare Auseinandersetzung, ein offener Diskurs die richtige Antwort? Die Entscheidung ist auch deshalb so schwierig, da sie ein fundamentales Wertedilemma berührt, welches im Grundgesetz angelegt ist: Auf der einen Seite stehen die Bürgerrechte für alle Bürger/innen, und auf der anderen Seite der Anspruch einer „wehrhaften Demokratie“. Wer sich diesem Spannungsfeld zuwendet, erkennt sehr schnell, dass es zwei Gefahren gibt: Erstens die Gefahr, dass Menschen, die zu den Grundwerten der Verfassung stehen, vom Diskurs

**Bestimmende
Kontroversen**

ausgeschlossen werden, was von diesen zu Recht als undemokratisch empfunden wird und die Eskalation vorantreibt. Und zweitens die Gefahr, dass Demokratiefeinden, die sich als solche üblicherweise ja nicht offen zu erkennen geben, Räume geöffnet werden, in denen sie unsere Demokratie von innen angreifen können. Diese Kontroverse lässt sich nicht auflösen, sondern erfordert eine fortwährende intensive Auseinandersetzung, um für jede konkrete Situation eine begründete Balance zwischen den zwei Grundwerten finden zu können.

**Verhältnis von
Theorie und
Praxis**

Mit Recht wurde auf einer Zukunftswerkstatt zur außerschulischen politischen Bildung (Oeftering/Oppermann 2018) thematisiert, dass zwei zentrale Probleme die „Kommunikationslosigkeit“ und „mangelnde Vernetzung“ zwischen verschiedenen Akteuren der politischen Bildung aus Theorie und Praxis sind. So wichtig hier Angebote der Transferstelle (Transfer für Bildung e. V. im Feld der politischen Bildung) sind, ergänzt werden sollten diese unbedingt um regionale Netzwerke, wie beispielsweise die Netzwerke in Bayern oder Bayerisch-Schwaben (Boeser-Schnebel u. a. 2015). Innovationen werden in solchen Netzwerken dadurch unterstützt, dass unabhängig von formalen Organisationszusammenschlüssen über die Jahre ein „Kreatives Feld“ (Burow 1999) entstehen kann. Gerade auch die Einbeziehung von Studierenden kann hierfür ein wichtiger Beitrag sein, z. B., in dem universitäre Seminare bei der Konzeptentwicklung und -implementierung oder auch bei der Evaluation konkreter Projekte mitwirken (so wurde beispielsweise die Evaluation der „Langen Nacht der Demokratie“ 2018 mit Unterstützung eines Masterseminars der Universität Augsburg durchgeführt).

**Anregungen
aus anderen
Fachdisziplinen**

Mir erscheinen hier insbesondere diejenigen Fachdisziplinen relevant, die ich selbst studiert habe: Erziehungswissenschaft (u. a. mit Inhalten aus der Erwachsenenbildung und Jugendarbeit), Politik, Soziologie und Psychologie. Darüber hinaus sind Philosophie, Sozialpädagogik, die Fachdidaktik politischer Bildung sowie die Fachdidaktiken anderer Fächer relevant (interessant ist beispielsweise gerade auch die Physikdidaktik, da Physik eines der Fächer ist, bei denen die Widerstände vieler Schüler/innen besonders groß sind; vgl. hierzu Boeser 2002, 81-90).

3. „Politisches“

Politische Bildung ohne öffentliche Förderung scheint auch für die Zukunft unrealistisch. Für Volkshochschulen beispielsweise sind Veranstaltungen der politischen Bildung in der Regel finanziell unattraktiv. Klar ist: Politische Bildung, die sich ausschließlich über Beiträge der Teilnehmenden finanziert, funktioniert nicht oder nur in speziellen Nischen. Hinzu kommt, dass politische Bildung – gerade wenn es um längere Formate wie Wochenendseminare geht – wenig attraktiv ist, wenn sie in der Freizeit stattfindet. Als Lösung bieten sich hier zum einen Veranstaltungen im Rahmen der Arbeitszeit direkt in einer Institution bzw. Firma an, wie es beispielsweise von Verwaltungen oder Jobcentern häufiger praktiziert wird. Zum anderen sollte in allen Bildungsurlaubsgesetzen politische Bildung explizit miteingeschlossen sein.

Kritisch ist nach wie vor die zum Teil schlechte Bezahlung, die gerade für erfahrene Freiberufler dieses Feld oft unattraktiv macht. Gerade größere Organisationen wie beispielsweise Stiftungen und Akademien, aber auch Polizei und Bundeswehr arbeiten hier mit Tagessätzen, die zum Teil unangemessen sind. Außerschulische politische Bildner/innen sollten sich hier dringend verstärkt als Lobby betätigen, um qualitativ hochwertige politische Bildung zu ermöglichen.

Problematisch sind auch die mit befristeten Projektförderungen verbundenen prekären Arbeitsverhältnisse. So sinnvoll Programme zur Förderung neuer und innovativer Projekte sind – ohne die realistische Aussicht auf unbefristete Stellen bleibt das Arbeitsfeld außerschulische politische Bildung unattraktiv.

Die gerade geäußerten Kritikpunkte sind nicht neu. Eine darüber hinaus gehende Einschränkung meiner Arbeit durch gesellschaftliche/politische Entwicklungen empfinde ich nicht. Im Gegenteil: Mein Eindruck ist eher, dass wir gegenwärtig eine Zeit haben, in der die Aufgeschlossenheit gegenüber und das Interesse an politischer Bildung sehr hoch sind. Die Notwendigkeit politischer Bildung für unsere Demokratie wird zurzeit auch von denjenigen betont, die hier bislang eher zurückhaltend waren, seien es beispielsweise Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr oder Verwaltungen. Wenn es außerschulischen politischen Bildner/innen in der aktuellen Situation gelingt, die Attraktivität politischer Bildung erlebbar zu machen, sehe ich hier auch für die Zukunft vielfältige Expansionsmöglichkeiten.

**Bildungspolitische
Herausforderungen**

**Einschränkung
durch
gesellschaftliche
Entwicklung?**